



Prof. Dr. Dorothea Schäfer,  
Forschungsdirektorin Finanzmärkte  
am DIW Berlin

## ACHT FRAGEN AN DOROTHEA SCHÄFER

# »Griechenland würde mit neuen Eigenkapitalregelungen für EU-Staatsanleihen Probleme bekommen«

1. Frau Schäfer, wenn Banken mittels Kreditvergabe in Unternehmen investieren, müssen diese Investitionen zu einem Teil mit Eigenkapital finanziert werden. Bankkredite an europäische Staaten mittels Kauf von Staatsanleihen sind von dieser Regelung ausgenommen. Warum eigentlich? Es galt lange Zeit die Vorstellung, dass diese Kredite sicher sind, weil die Staaten dahinter stehen. Erst mit der Finanzkrise ist diese Gewissheit ins Wanken geraten. Die Regelung besteht schon länger und wurde auch in der Finanzkrise nicht umgestoßen. Das hat damit zu tun, dass die Staaten damit leichter an die Finanzierung kommen.
2. Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht hat im Januar 2015 angekündigt, die bisherigen Empfehlungen für die Eigenkapitalunterlegung von Staatsanleihen überprüfen zu wollen. Was genau soll geändert werden? Auch die Bundesbank hat sich in diese Diskussion schon mehrfach eingeschaltet. Ihre Vorstellung ist, dass dann auch die EU-Staatsanleihen ganz normal mit den Eigenkapitalvorschriften konfrontiert werden, wie sie auch für Unternehmen und für Staaten außerhalb des EU-Staatsgebietes gelten. Je nach Risiko müssten Käufe von EU-Staatsanleihen dann zu einem gewissen Anteil mit Eigenkapital finanziert werden.
3. Was bedeutet das für die europäischen Banken? Die Banken müssten für viele Staatsanleihen, die sie in den Büchern haben, Eigenkapital nachweisen. Da sie wahrscheinlich kein überflüssiges Eigenkapital haben, müssten sie sich das Eigenkapital besorgen. Das können sie am Markt tun oder darauf hoffen, dass vielleicht der Staat mit Eigenkapital aushilft. Das ist für bestimmte Länder natürlich schwierig, wenn der Staat hier zusätzlich gefordert wäre. Also ist davon auszugehen, dass das Eigenkapital wahrscheinlich am Markt besorgt werden müsste.
4. Wie hoch wird der zusätzliche Kapitalbedarf sein? Der Kapitalbedarf ist für Deutschland, Frankreich und auch Schweden relativ überschaubar. Das ist ein niedriger einstelliger Milliardenbetrag für die Banken, die im Stresstest untersucht worden sind. Es dürfte schwieriger werden für griechische Banken, weil diese sehr viele griechische Staatsanleihen halten, die momentan mit einem sehr schlechten Rating belegt sind.
5. Was würde eine Änderung der Regulierungsvorschriften für die europäischen Staaten bedeuten? Zumindest für die europäischen Staaten, die kein besonders gutes Rating haben, würde es schwieriger werden, an Geld von Banken zu kommen. Es ist davon auszugehen, dass die Banken weniger Staatsanleihen mit einem schlechten Rating kaufen würden, wenn sie einen Teil der Investitionen in Staatsanleihen mit Eigenkapital finanzieren müssten. Das bedeutet negative Auswirkungen für die Finanzierungsmöglichkeiten dieser Staaten.
6. Die Politik kann also kaum begeistert sein. Wer könnte eine solche Reform denn überhaupt durchsetzen? Die Politik wird nicht begeistert sein, die Banken werden auch nicht begeistert sein. Die Bundesbank ist ein starker Vorreiter einer solchen Reform. Allerdings wird da erheblicher Gegenwind von Seiten der Politik kommen. Es ist also unbestimmt, ob sich diese Reform verwirklichen lässt.
7. Wo liegen denn die Vorteile? Die Vorteile wären, dass die Banken etwas mehr Eigenkapital nachweisen müssen und damit einen etwas größeren Risikopuffer hätten. Allerdings ist die Summe, die die deutschen, französischen und auch die schwedischen Banken zusätzlich benötigen würden, vergleichsweise gering. Das heißt, wir hätten eine geringfügig stärkere Eigenkapitalausstattung der Banken für diese nördlichen europäischen Länder, aber keine substanziell bessere Eigenkapitalquote bezogen auf die Bilanzsumme.
8. Trägt das zur Stabilisierung oder vielleicht sogar zur Destabilisierung der Eurozone bei? Eine Destabilisierung würde ich nicht erwarten. Wenn man jedoch das Ziel hat, die Banken mit einer höheren Eigenkapitalquote zu versehen, dann ist das nicht der richtige Hebel, weil die meisten Großbanken kaum davon betroffen sind und deren Relation von Eigenkapital und Bilanzsumme sich kaum verändern würde.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf [www.diw.de/interview](http://www.diw.de/interview)



DIW Berlin – Deutsches Institut  
für Wirtschaftsforschung e.V.  
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin  
T +49 30 897 89 -0  
F +49 30 897 89 -200  
82. Jahrgang

#### Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake  
Prof. Dr. Tomaso Duso  
Dr. Ferdinand Fichtner  
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.  
Prof. Dr. Peter Haan  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Dr. Kati Krähnert  
Prof. Dr. Lukas Menkhoff  
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.  
Prof. Dr. Jürgen Schupp  
Prof. Dr. C. Katharina Spieß  
Prof. Dr. Gert G. Wagner

#### Chefredaktion

Sabine Fiedler  
Dr. Kurt Geppert

#### Redaktion

Renate Bogdanovic  
Andreas Harasser  
Sebastian Kollmann  
Dr. Claudia Lambert  
Marie Kristin Marten  
Dr. Wolf-Peter Schill

#### Lektorat

Dr. Franziska Bremus  
Karl Brenke

#### Pressestelle

Renate Bogdanovic  
Tel. +49-30-89789-249  
presse@diw.de

#### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 74  
77649 Offenburg  
leserservice@diw.de  
Tel. (01806) 14 00 50 25  
20 Cent pro Anruf  
ISSN 0012-1304

#### Gestaltung

Edenspiekermann

#### Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

#### Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit Quellen-  
angabe und unter Zusendung eines  
Belegexemplars an die Serviceabteilung  
Kommunikation des DIW Berlin  
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.